

## BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 227:**

*Kindergeld, Erlass, Grobe Fahrlässigkeit, Mitteilungspflicht, Ausland, Ausbildung, Aufklärungspflicht, Verschulden, Behörde*

**Bundesfinanzhof Az: III R 11/22**

1. Kann für einen Erlass aus Billigkeitsgründen von Bedeutung sein, ob ein Beteiligter eine falsche Auskunft erteilt hat oder einen gebotenen Hinweis unterlassen hat? 2. Hat das Jobcenter bei frühzeitiger Kenntnis darauf hinzuweisen, dass ein beabsichtigter Auslandsaufenthalt zu Ausbildungszwecken zum Wegfall des Kindergeldanspruchs und im Gegenzug zu einem höheren Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II führen könnte und die Familienkasse zu unterrichten ist?

■ **ErbStG § 16 Abs 1 Nr 2 Alt 2:**

*Erbschaftsteuer, Erbverzicht, Freibetrag, Fiktion*

**Bundesfinanzhof Az: II R 13/22**

Erhält ein Abkömmling eines Erbverzichtenden aufgrund der Vorversterbensfiktion gem. § 2346 Abs. 1 Satz 2 BGB den Freibetrag i.S. des § 16 Abs. 1 Nr. 2 ErbStG?

■ **EStG § 16 Abs 3:**

*Betriebsaufgabe, Insolvenzmasse, Freigabe*

**Bundesfinanzhof Az: X R 29/21**

Sind die Besteuerungsgrundlagen einer Schlussbilanz und einer Aufgabebilanz aufgrund einer Betriebsaufgabe dann, wenn der betreffende Gewerbebetrieb gemäß § 35 Abs. 2 InsO zuvor durch den Insolvenzverwalter freigegeben worden war und der Insolvenzschnuldner danach die Betriebsaufgabe bewirkt, für Zwecke der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer ausschließlich dem freigegebenen Vermögensbereich zuzuordnen?

- **ESStG § 19:**  
*Arbeitslohn, Preisgeld, Veranlassungszusammenhang, Dritter, Abgrenzung, Zeitlicher Zusammenhang*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 12/22**

Welche konkreten Abgrenzungsmerkmale sind für die Zuordnung von Preisgeldern zur Erwerbssphäre bzw. zur privaten Vermögenssphäre heranzuziehen (hier u.a.: hinreichender Veranlassungszusammenhang zwischen der Vereinnahmung eines Forschungspreisgeldes und dem Dienstverhältnis als Hochschulprofessor, da die Habilitation, für die das Preisgeld gezahlt wurde, für die berufliche Tätigkeit als Professor förderlich war)?

- **ESStG § 20 Abs 1 Nr 7:**  
*Darlehen, Widerruf, Zinsen, Vergleich*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 7/22**

Handelt es sich bei Zahlungen einer Bank aufgrund eines Vergleichs zur Abwicklung der gegenseitigen Ansprüche aus dem Widerruf von Darlehensverträgen um steuerpflichtige Kapitalerträge?

- **ESStG § 21:**  
*Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Nießbrauch, Zuwendungsnießbrauch, Kinder*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 8/22**

Zur Frage der steuerwirksamen Ausgestaltung eines zeitlich befristeten, unentgeltlichen Zuwendungsnießbrauchs an die minderjährigen Kinder.

- **ESStG § 2a Abs 3:**  
*Verlustabzug, Betriebsstätte, Ausland, Niederlassungsfreiheit*

**Bundesfinanzhof Az: I R 15/22**

Welche Bindungswirkungen für die Besteuerung nach § 2a EStG ergeben sich aus einem Bescheid über die gesonderte und einheitliche Feststellung?

■ **ESTG § 32 Abs 4 S 1 Nr 3:**

*Kindergeld, Behinderung, Lebensunterhalt, Rente, Verfügungsmacht, Erbe*

**Bundesfinanzhof Az: III R 23/22**

1. Ist der Bezug einer privaten Rente, deren Kapitalstamm mit Zuwendungen eines Elternteils und eigenen Ersparnissen des Kindes dotiert wurde, nur mit dem steuerpflichtigen Ertragsanteil bei den kindeseigenen Mitteln im Rahmen von § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 EStG zu berücksichtigen? 2. Hat ein Kind die Verfügungsmacht über eine geerbte Summe inne, wenn es diese mit dem Zweck erhalten hat, sie in eine private Rente zu überführen? 3. Ist geerbtes Vermögen mit monatlichen Zahlungen gleichzusetzen?

■ **ESTG § 32d Abs 2 Nr 1 Buchst b S 1:**

*Verlust, Kapitalvermögen, Tarif, Missbrauch, Veräußerung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 9/22**

Kommt es im Fall einer Veräußerung i.S. des § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG von TecDax-Zertifikaten an eine GmbH, an welcher der Steuerpflichtige zu 100 % beteiligt ist und die zu einem Verlust aus Kapitalvermögen geführt hat, wobei der Steuerpflichtige mit relativ geringen theoretischen Gewinnchancen, bei hohem Verlustrisiko gehandelt hat, zu einer dem Sinn und Zweck der Regelung des § 32d Abs. 2 Nr. 1 Buchst. b EStG entgegenstehenden Anwendung, wenn dieser Verlust aus dem System der Abgeltungssteuer ausgenommen wird?

■ **ESTG § 34 Abs 3:**

*Wahlrecht, Grundlagenbescheid, Folgebescheid, Ermäßigung*

**Bundesfinanzhof Az: III R 25/22**

Kann ein gestellter Antrag auf ermäßigte Besteuerung nach § 34 Abs. 3 EStG im Zusammenhang mit einem später geänderten Grundlagenbescheid zurückgenommen werden, um das Wahlrecht in einem späteren Jahr auszuüben? Wirkt die Rücknahme des Antrags über den Änderungsrahmen des § 351 Abs. 1 AO hinaus?

■ **ESTG § 50i:**

*Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Beschränkte Steuerpflicht, Dividende, Kapitalgesellschaft, Betriebsstätte, Kapitalverkehrsfreiheit*

**Bundesfinanzhof Az: I R 13/22**

Auslegung des § 50i EStG. Ist die von § 50i Abs. 1 Satz 4 EStG angeordnete sinnvolle Geltung des Satzes 1 eine vollumfängliche Rechtsgrundverweisung auf die Sätze 1 und 3 des § 50i Abs. 1 EStG und erfasst somit auch den einleitenden Satzteil des § 50i Abs. 1 Satz 1 EStG ("Sind Wirtschaftsgüter ... übertragen oder überführt worden ...")? 2.

Bezeichnen der Ausdruck "der Steuerpflichtige" i.S. des § 50i Abs. 1 Satz 4 EStG und der Ausdruck "ein Steuerpflichtiger" i.S. des § 50i Abs. 1 Satz 1 EStG denselben Steuerpflichtigen?3. Setzt § 50i Abs. 1 Satz 4 EStG infolge seines Verweises auf die Sätze 1 und 3 voraus, dass derjenige Steuerpflichtige, der die in § 50i Abs. 1 Satz 1 EStG bezeichneten Wirtschaftsgüter veräußert oder entnimmt (Satz 1) bzw. aus denen er zuvor laufende Erträge erzielt (Satz 3), identisch ist mit demjenigen Steuerpflichtigen, zu dessen Gunsten zuvor eine Besteuerung der in diesen Wirtschaftsgütern ruhenden stillen Reserven unterblieben ist?4. Ist § 50i EStG auch auf die schenkweise Übertragung der in § 50i Abs. 1 Satz 1 EStG bezeichneten Wirtschaftsgüter anwendbar oder steht dem die unionsrechtliche Kapitalverkehrsfreiheit nach Art. 63 ff. AEUV entgegen?

■ **FGO § 47 Abs 1:**

*Klagefrist, Widerruf, Vollmacht, Drei-Tage-Fiktion*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 25/21**

Welche Wirkung kommt dem Widerruf der Vollmacht innerhalb der Drei-Tages-Fiktion des § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO für den Lauf der Klagefrist zu?

■ **GewStG § 29 Abs 1 Nr 2:**

*Gewerbesteuerzerlegung, Windkraftanlage, Betriebsstätte, Gemeinde, Steueraufkommen, Rechtsverordnung*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 5/22**

Ist bei einer Gesellschaft, die auf gemeindefreiem Gebiet einen Offshore-Windpark betreibt, der Gewerbesteuermessbetrag auf die Gemeinde, in deren Gebiet die Geschäftsbetriebsstätte unterhalten wird, einerseits und das Bundesland, vor dessen Küste der Windpark liegt, andererseits zu zerlegen, ist also das Bundesland als "weitere heheberechtigte Gemeinde" zu behandeln?

■ **GrEStG § 1 Abs 1 Nr 1:**

*Grunderwerbsteuer, Einheitliches Vertragswerk, Bemessungsgrundlage, Bebauungsplan*

**Bundesfinanzhof Az: II R 19/22**

Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Grunderwerbsteuer - einheitliches Vertragswerk

Handelt es sich um eine zusammengefasste Veräußererseite und damit um ein einheitliches Vertragswerk, wenn der mit dem Grundstücksverkäufer nicht verbundene Bauunternehmer lediglich seine Zustimmung zur Einbeziehung eines weiteren Auftraggebers in den bereits ausgehandelten Bauvertrag erteilt?

■ **GrEStG § 1 Abs 2a:**

*Grunderwerbsteuer, Mittelbare Beteiligung, Personengesellschaft, Anteilswerb, Anzeigepflicht*

**Bundesfinanzhof Az: II R 16/22**

Hat die Übertragung einer mittelbaren Beteiligung an einer grundstückshaltenden Personengesellschaft überhaupt zivilrechtlich wirksam stattgefunden? Führt dieser Vorgang, im Falle der zivilrechtlich wirksamen Übertragung, als Beteiligungskettenverlängerung bei gleichbleibendem wirtschaftlich Letztberechtigtem zu einem Anteilswerb i.S. des § 1 Abs. 2a GrEStG? Steht § 16 Abs. 5 GrEStG im vorliegenden Fall bei Anwendung des § 1 Abs. 2a GrEStG der Nichtfestsetzung der Grunderwerbsteuer wegen Rückerwerbs nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 GrEStG entgegen?

■ **GrEStG § 1 Abs 3 Nr 3:**

*Grunderwerbsteuer, Wirtschaftliche Betrachtungsweise, Grunderwerbsteuer-Befreiung, Kapitalverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Verspätungszuschlag, Anzeigepflicht, Anteilsübertragung*

**Bundesfinanzhof Az: II R 36/21**

Ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise auch bei der Übertragung von Anteilen innerhalb einer ausländischen Unternehmensgruppe, welche zu einer Verlängerung der Beteiligungskette führt, anzuwenden, sodass mangels eines Wechsels der Herrschaftsmacht kein Grunderwerbsteuerlicher Erwerb i.S. des § 1 Abs. 3 Nr. 3 oder Nr. 4 GrEStG vorliegt? Ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise auf die Auslegung des Merkmals "entsprechende Umwandlung" i.S. des § 6a Satz 2 GrEStG anzuwenden, oder verstößt eine enge Auslegung zumindest gegen Unionsrecht?

■ **GrEStG § 1 Abs 3:**

*Anteilsübertragung, Grundstück, Stiftung, Niederlande, Grunderwerbsteuer, Gesamthandsgemeinschaft, Grunderwerbsteuer-Befreiung*

**Bundesfinanzhof Az: II R 11/22**

Unterliegt die Übertragung von (weiteren) Anteilen an einer grundbesitzhaltenden Gesellschaft auf eine niederländische Verwaltungsstiftung der Grunderwerbsteuer i.S. des § 1 Abs. 3 Nr. 3 GrEStG?

Handelt es sich bei einer niederländischen Verwaltungsstiftung um eine Gesamthandsgemeinschaft nach deutschem Recht, sodass die Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 2 GrEStG anzuwenden ist?

- **KStG § 8b Abs 6 S 2:**  
*Teilwertabschreibung, Kreditinstitut, Beteiligung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 12/22**

Ist § 8b Abs. 6 Satz 2 KStG auf Sparkassen privaten Rechts entsprechend anzuwenden?

- **RennwLottG § 17 Abs 2 Nr 2:**  
*Sport, Wette, Verfassungswidrigkeit, Europarecht*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 6/22**

Ist die Erhebung der Sportwettensteuer von einem ausländischen Veranstalter sowohl verfassungs- als auch europarechtswidrig?

- **UStG § 1 Abs 1a:**  
*Geschäftsveräußerung im Ganzen, Umsatzsteuerpflicht, Zahlung durch Dritte, Entgelt, Schwimmbad*

**Bundesfinanzhof Az: V R 41/21**

Kann bei einer Zahlung durch Dritte der Anwendungsbereich des § 1 Abs. 1a UStG erfasst sein und falls ja, ein unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang mit der Geschäftsveräußerung bestehen, wenn eine Zahlung durch Dritte eine Verpflichtung des Übernehmers über die gesetzlichen Pflichten hinaus begründet?

- **UStG § 15:**  
*Vorsteuerabzug, Konkursverwalter, Insolvenzverwalter*

**Bundesfinanzhof Az: V R 3/22**

In welcher Höhe kann ein Insolvenz-/Konkursverwalter aus seiner Rechnung an die Schuldnerin über seine als Insolvenz-/Konkursverwalter erbrachte Leistung den Vorsteuerabzug geltend machen? Vorliegen und Behandlung von durch den Insolvenz- oder Konkursverwalter bewirkten Verwertungsumsätzen, insbesondere hinsichtlich der Voraussetzungen, unter denen eine Fortführung des Unternehmens des Insolvenz- oder Konkursschuldners durch den Insolvenz- oder Konkursverwalter anzunehmen ist?

- **UStG § 17 Abs 1 S 1:**  
*Umsatzsteuer, Steuerbetrag, Berichtigung*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 15/22**

Ist der geschuldete Steuerbetrag gemäß 17 Abs. 1 Satz 1 UStG zu berichtigen, wenn über das Vermögen eines Dritten, der das vom Leistungsempfänger geschuldete Entgelt für Rechnung des Leistenden eingezogen hat, das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, bevor der Dritte das Entgelt an den Leistenden weitergeleitet hat?

- **UStG § 24:**  
*Differenzbesteuerung, Land- und Forstwirtschaft, Durchschnittsbesteuerung, Gebrauchtgegenstände*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 12/22**

Berechtigt auch der Erwerb von Gebrauchtgegenständen von Land- und Forstwirten, welche die Besteuerung nach Durchschnittssätzen gemäß § 24 UStG anwenden, entgegen Abschn. 25a.1 Abs. 5 Satz 3 UStAE zur Anwendung der Differenzbesteuerung nach § 25a UStG?